

# BILDUNGSPOLITISCHE KOALITION

der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO)

Die Bildungspolitische Koalition von Nicht-Regierungsorganisationen (Namen der unterzeichnenden NGOs) würdigen die grosse gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Forschung und fordern in einer

## Resolution für nachhaltige Hochschulen

einen Aktionsplan (Plan of Implementation) für die schweizerischen Hochschulen (ETH, Universitäten und Fachhochschulen), wie er am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg im September 2002 verbindlich beschlossen wurde.

Der Aktionsplan enthält konkrete Ziele, personelle und finanzielle Mittel, um die nachhaltige Entwicklung in das Hochschulwesen zu integrieren und Bildung, Forschung und Entwicklung im stärkeren Masse zu einem Schlüsselfaktor für die Reformen der Lehre und des Lernens zu machen, die auch den nächsten Generationen gerecht werden. Dabei soll der Zugang zu Bildung im eigenen Land und in Entwicklungsländern (Education for all), die kulturelle Bildung als Chance für Verständigung und Weltfrieden (Intercultural Understanding and Peace) sowie Wirtschaft und Konsum (Sustainable Production and Consumption) nachhaltig verbessert werden.

Bundesrat und Parlament sind aufgefordert, sich an der UNO-Weltdekade "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" von 2005-2014 zu beteiligen, damit die Schweiz einen eigenen Beitrag leistet.

ETH, Universitäten und Fachhochschulen mit ihren 160'000 Studierenden, Dozierenden und dem Hochschulpersonal haben aufgrund ihres Bildungs- und Forschungsauftrags eine Vorbild- und Multiplikatorenfunktion. Sie haben eine besondere Verantwortung, diesen Auftrag sowie die ihnen zur Verfügung gestellten öffentlichen Bildungsmittel von über 3 Mia Franken jährlich in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen. Wir rufen daher alle Hochschulen in der Schweiz auf, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Die Nicht-Regierungsorganisationen fordern die verantwortlichen Bildungsämter, das Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF, das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT, die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK, die Schweizerische Universitätskonferenz SUK, die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten CRUS und die Konferenz der Fachhochschulen KFH auf, ein Bundesprogramm "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2008-2011" zu lancieren, mit den Zielen

- bildungspolitische Antworten auf die acht Millenniums-Entwicklungsziele der UNO für das 21. Jahrhundert zu formulieren und damit einen Beitrag zu den elementaren Grundbedürfnissen der Weltgemeinschaft zu leisten;
- die Bildungschancen von Jugendlichen und Erwachsenen durch ein Stipendienwesen und eine Weiterbildungspolitik zu verbessern, damit der Zugang zu Bildung nicht durch das ökonomische und soziale Milieu bestimmt und geringe Bildung zu einem Armutsrisiko wird;
- die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit im Hochschulbetrieb zu verankern, indem Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards in die Akkreditierung von Hochschulen und Studiengängen (Bachelor und Master) integriert werden;
- die Stärkung der Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre durch Förderprogramme für junge NachwuchswissenschaftlerInnen sowie durch aktive und attraktive Lernformen mit innovativen Projekten zu stärken;

# BILDUNGSPOLITISCHE KOALITION

der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO)

- der Wissens- und Technologiestandort Schweiz in nachhaltigkeitsrelevanten Branchen und Fachrichtungen (Mobilität, Erneuerbare Energien, Tourismus, Bauen, etc.) mit entsprechenden Kompetenzzentren zu stärken, um in zukunftsfähigen Märkten führende Wettbewerbspositionen zurückzugewinnen und den nachhaltigen Technologietransfer in den Dienst der Entwicklungszusammenarbeit zu stellen.

Im einzelnen fordern wir von jeder Hochschule,

- eine innovative Universitätskultur für Studierende und Dozierende zu fördern, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Mehrwerte begünstigt (*Ethics*);
- eine aktive globale und lokale wissenschaftliche und gesellschaftliche Rolle im Klimaschutz und zum Schutz der Biodiversität zu übernehmen (*Knowledge Dissemination*);
- eine nachhaltige Hochschulleitung mit einem Umweltmanagement aufzubauen, die eine Gebäudebewirtschaftung nach dem Standard Minergie und ein Beschaffungswesen mit ökologischen Standards gewährleistet. Hochschulen tragen ihrerseits dazu bei, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2010 um 10 % gegenüber 1990 zu reduzieren (*Institutional Management*);
- Studienangebote mit Bachelor- und Masterabschlüssen aufzubauen, die internationalen Bildungsstandards der nachhaltigen Entwicklung entsprechen; ein Berufungsverfahren des wissenschaftlichen Personals einzuführen, das ökologische und soziale Qualifikationen mitevaluiert; innovative Lernformen und Unterrichtsmethoden zu fördern, die Projektinitiativen von Studierenden begünstigen sowie ausseruniversitäre Lernprozesse (z.B. Umwelt- und Sozialeinsätze, ausseruniversitäre Praktika) als Studienleistung (ECTS-Credits) anerkennen. (*Education for Sustainable Development*);
- den Austausch unter Universitäten und zwischen Universitäten und anderen Akteuren der Gesellschaft als Beitrag einer interdisziplinären, vielfältigen und nachhaltigen Hochschule zu unterstützen (*Interdisciplinarity*);
- die aktive Beteiligung an internationalen und europäischen Netzwerken für nachhaltige Universitäten wie z.B. Copernicus for sustainable universities (*Networking*);
- die Partizipation an inner- und ausseruniversitären Innovationen wie lokalen Agenda 21-Prozessen, an nachhaltigen Regionalentwicklungen, an Start-ups von innovativen nachhaltigen Firmen und an Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit (*Partnerships*);
- die tatsächliche Gleichstellungspraxis für Frauen und Männer auf allen hierarchischen Stufen fortzusetzen, damit Forscherinnen mit neu gestellten Fragen und kreativen Beiträgen zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung der nachhaltigen Entwicklung ihren angemessenen Beitrag leisten können (*Gender Equity*).

Die Nicht-Regierungsorganisationen erwarten von der Schweizer Delegation an den Bologna-Nachfolgekonferenzen, dass sie bei den Treffen der europäischen Bildungsminister die Anliegen der UNO-Bildungsdekade für eine nachhaltige Entwicklung einbringt und diese zu entsprechenden Beschlüssen bewegt.